



„E“ hat Vorfahrt

Aufbruch für Elektromobilität: Mehr Nachfrage soll den Markt in Fahrt bringen –
Käufern winken 4000 Euro. **Mehr erfahren**



„E“ hat Vorfahrt

**Aufbruch für Elektromobilität: Mehr Nachfrage soll den Markt in Fahrt bringen –
Käufern winken 4000 Euro.**



© BMWi / Susanne Eriksson; v.l.n.r.: die Bundesminister Alexander Dobrindt, Dr. Wolfgang Schäuble und Sigmar Gabriel sowie der Vorsitzende der Bundespressekonferenz, Dr. Gregor Mayntz

Wohin Sie auch reisen, die Autos deutscher Hersteller sind meistens schon da. Gilt das bald auch für Elektroautos?

Die Chancen, die Elektromobilität fürs Klima und die Energiewende bietet, liegen auf der Hand. Lädt man E-Fahrzeuge mit Strom aus Sonne und Wind, fahren sie praktisch ohne Schadstoffausstoß. Deshalb soll künftig belohnt werden, wer E-Fahrer werden will. Darauf haben sich die Bundesregierung und die Autoindustrie geeinigt – ein Aufbruchssignal ins elektrische Zeitalter.

Bis zu 4.000 Euro für E-Neuwagen

Wer sich für ein E-Fahrzeug entscheidet, soll bald kräftig profitieren. Käufern von Elektrofahrzeugen winken künftig 4.000 Euro Kaufprämie. Sie soll bis maximal 2019 gelten. Die Kosten wollen Staat und Automobilindustrie zu je 600 Millionen Euro gemeinsam stemmen. Zuerst muss die Einigung aber noch im Kabinett beschlossen werden.

Damit die Entscheidungen zügig umgesetzt werden können, laufen die Vorbereitungen bereits auf Hochtouren. Zuständig für die Umsetzung ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA).

Gabriel: „Ein großer Schritt nach vorn“

Die Entscheidungen seien ein großer Schritt nach vorn, betonte Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel auf der Pressekonferenz nach der Einigung. Klicken Sie [hier](#) für das Video in voller Länge.

Nachfrage ankurbeln, Markt in Fahrt bringen

Wie ernst es der Bundesregierung mit der Förderung der Elektromobilität ist, unterstreicht sie mit einer Reihe weiterer Entscheidungen, die die Nachfrage ankurbeln und den Markt für E-Mobile in Fahrt bringen sollen. Dass der Fuhrpark des Bundes künftig selbst zu mindestens 20 Prozent elektrisch sein soll, ist nur ein Beispiel. Zentral sind jedoch die Pläne für eine bessere Ladeinfrastruktur. Schließlich rollt ohne ausreichend Stromtankstellen nicht viel auf den Straßen im Land – zumindest nicht elektrisch.

Strom tanken: einfacher und an mehr Orten

Heute gibt es in Deutschland rund 5.800 öffentlich zugängliche Steckdosen für E-Mobile, so genannte Ladepunkte. Allen voran in Berlin mit 433 Ladepunkten, darauf folgen Stuttgart mit 370 und Hamburg mit 203. Doch für eine elektrische Zukunft auf den Straßen im Land reicht das nicht. Damit Strom tanken bundesweit an immer mehr Stromtankstellen möglich wird, soll die Ladeinfrastruktur stärker ausgebaut werden.

Das passt zu einer neuen Regelung, der sogenannten Ladesäulenverordnung, die seit März in Kraft ist. Elektrisches Tanken soll nämlich auch in der Handhabung einfacher werden. Dafür schreibt die Verordnung vor, dass künftig alle neuen Stromtankstellen in Deutschland mit EU-weit einheitlichen Steckern ausgestattet sein müssen. Noch unterscheiden sich diese nämlich von Hersteller zu Hersteller. Zugänge sind manchmal nur per Kundenkarte möglich und komplizierte Abrechnungen machen es Stromtankern schwer. Das soll ein Ende haben.

Schon in den vergangenen Jahren wurden viele Hebel in Bewegung gesetzt, um die Elektromobilität nach vorne zu bringen. Zum Beispiel wurden E-Autos, die bis Ende 2015 zugelassen wurden, zehn statt fünf Jahre von der Kraftfahrzeugsteuer befreit. Außerdem wurden an vielen Straßen Sonderparkflächen geschaffen und Zufahrtsverbote gelockert.

Schluss sein soll künftig auch damit, fürs Stromtanken beim Chef Steuern zahlen zu müssen. Bisher ist es nämlich so: Wenn Arbeitnehmer ihr E-Mobil zum Beispiel in der Tiefgarage des Büros einstöpselten und den Strom des Arbeitgebers tankten, galt dies als geldwerter Vorteil – also als eine Art Bereicherung, die zu versteuern war. Diese Regelung wird derzeit überarbeitet. Noch eine Entscheidung, die elektrisches Fahren attraktiver machen soll.

Auch in der Forschung geht's voran

Damit es mit der Elektromobilität immer weiter vorangeht, wird auch die Forschung und Entwicklung weiter unterstützt. Mit 210 Millionen Euro will ihr die Bundesregierung allein in diesem Jahr unter die Arme greifen. Ein Schwerpunkt ist zum Beispiel die Batterieforschung. Schon heute müssen die Weichen gestellt werden, damit die Akkus der Zukunft in Deutschland gefertigt werden können.

Schaufenster für „E-Know-how“

Zudem wurde seit 2012 in sogenannten „Schaufensterregionen“ das Know-how in Sachen E-Mobilität gezielt vergrößert. Woher bekommen E-Mobile ihre Energie? Wie muss die Infrastruktur dafür aussehen? Um Antworten zu finden, arbeiteten Politik, Wissenschaft und Autohersteller zusammen.

Die „Schaufensterregionen“ waren Sachsen-Bayern, Berlin-Brandenburg, Baden-Württemberg und Niedersachsen. Dort kamen mehr als 3.600 Elektrofahrzeuge in Praxistests zum Einsatz: etwa bei Tests auf E-Rad-Schnellwegen, in E-Fahrschulen, in E-Werkstätten oder auch speziell für Langstreckenpendler. Mitte April, kurz vor den Entscheidungen zur Förderung der Elektromobilität, wurden die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen auf der Ergebniskonferenz „Schaufenster Elektromobilität“ öffentlich vorgestellt. Nachzulesen sind sie im Internet auf www.schaufenster-elektromobilitaet.org.

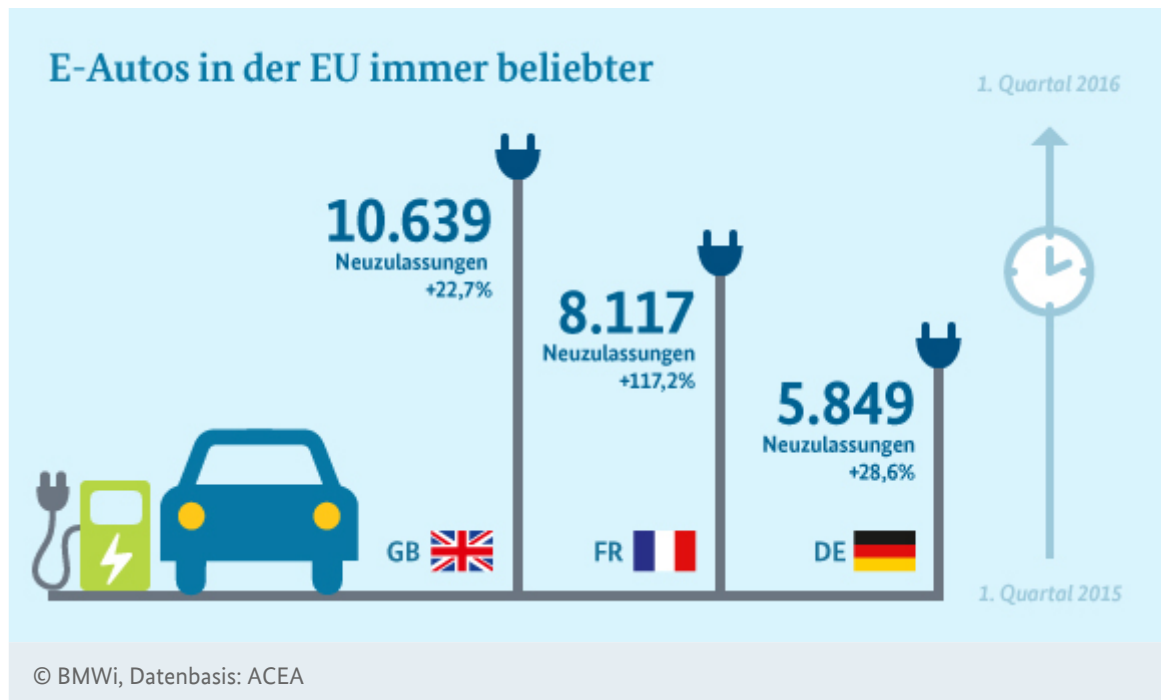
WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ BMWi-Seite: "Kaufprämie ist ein wichtiges Aufbruchsignal für Elektromobilität"](#)

[\[→ Internetauftritt "Schaufenster Elektromobilität"](#)

Europa „unter Strom“

Von Italien bis Finnland, von Portugal bis Estland: In der EU fahren immer mehr Menschen elektrisch. Im ersten Quartal 2016 wurden europaweit mehr als 35.000 Elektroautos zugelassen. Das sind fast 27 Prozent mehr als vor einem Jahr.



Überall in der Europäischen Union (EU) geht es voran mit der Elektromobilität. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden in der EU 35.730 Elektrofahrzeuge neu zugelassen. Das sind knapp 27 Prozent mehr als vor einem Jahr. Das hat der europäische Branchenverband ACEA (European Automobile Manufacturers' Association) erhoben, der die Interessen der Pkw- und Lkw-Hersteller vertritt.

Deutschland auf Platz drei

Besonders beliebt sind E-Mobile in Großbritannien: Mit 10.639 Stück wurden dort europaweit die meisten neu zugelassen. Auf der Insel rollen damit 22,7 Prozent mehr neue Elektroautos als vor einem Jahr. Einen riesigen elektrischen Sprung haben die Franzosen gemacht: Dort wurden 8.117 Neuzulassungen gezählt. Das ist zwar weniger als in Großbritannien. Aber für die Franzosen mehr als doppelt so viel wie vor einem Jahr – nämlich plus 117,2 Prozent. Deutschland belegt Platz drei: Hierzulande ließen die Behörden 5.849 E-Mobile neu zu. Das entspricht 28,6 Prozent mehr als im ersten Quartal 2015.

Ist die Zukunft elektrisch?

Die Entwicklungen zeigen in eine deutliche Richtung: Die Zukunft der Mobilität ist elektrisch. Das hat auch die Bundesregierung vor wenigen Tagen deutlich unterstrichen. [Hier](#) lesen Sie mehr darüber, wie die Elektromobilität künftig gefördert werden soll.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

➔ [Erhebung des Branchenverbands ACEA](#)

Gezielt vernetzt, gemeinsam gespart

Die Industrie vernetzt sich, um gemeinsam mehr aus Energie zu machen: Energieeffizienz-Netzwerke sollen helfen, die Einsparziele der Bundesregierung zu erreichen. Fast 60 Netzwerke gibt es bereits. Bis 2020 sollen es 500 sein.



© IVH Industrieverband Hamburg e.V.: Gründung des „Energieeffizienz-Netzwerks der Hamburger Industrie“ am 22. April 2016

Die Schlange aus Stahl wirkt endlos und glüht rot wie Lava. Walzen pressen das Metall immer schmäler, bis es so dünn ist wie der Draht eines Kleiderbügels. Doch Stahl auf mehr als tausend Grad Celsius zu erhitzen bedeutet nicht automatisch, Energie zu verschwenden – zumindest nicht in Hamburg. Ein Stahlwerk direkt an der Elbe wird künftig weniger Energie aufwenden müssen. Dafür sorgt ein hochmoderner Wiedererwärmungsofen. Der Effekt: Pro Jahr werden 3.800 Tonnen CO₂ gespart – und eine Menge Kosten für Energie ebenfalls.

Das Werk an der Elbe ist eines von mehr als 500 Unternehmen bundesweit, die sich in ihrer Region oder Branche mit anderen Unternehmen zusammengetan haben, um gemeinsam Energie zu sparen. Mit zwölf anderen Hamburger Firmen will es bis Ende 2018 den CO₂-Ausstoß um insgesamt 60.000 Tonnen senken.

Seit Anfang 2015 haben sich in ganz Deutschland bereits rund 60 solcher „Energieeffizienz-Netzwerke“ gegründet. Bis 2020 sollen es 500 sein. Das haben sich die Bundesregierung und 21 Wirtschaftsverbände mit ihrem Aktionsbündnis „Initiative Energieeffizienz-Netzwerke“ vorgenommen.

Gut fürs Klima, stark im Wettbewerb

Jedes Unternehmen spart auf seine Weise. Im „Energieeffizienz-Netzwerk der Hamburger Industrie“ ist es zum Beispiel so: Eine Entsorgungsfirma will 970 Tonnen CO₂ sparen, indem sie Abhitzeessel automatisch statt manuell reinigen lässt. 250 Tonnen will ein Eisenbahnunternehmen durch neue Hybrid-Loks beisteuern. Ein Ölwerk plant sogar 6.300 Tonnen CO₂-Ersparnis, indem es Wärme cleverer nutzt und auf sparsame Prozesse und Antriebe setzt.

56 Einzelmaßnahmen zählt das Netzwerk insgesamt – und jede einzelne bringt die Energiewende in Deutschland weiter voran.

Gemeinsam profitieren...

Ein Energieeffizienz-Netzwerk besteht aus 8 bis 15 Unternehmen und wird durch einen Träger initiiert. Das können beispielsweise die Unternehmen selbst sein. Möglich sind aber auch Wirtschaftsverbände, Kammern, Energieversorger oder Kommunen.

Der Vorteil der Netzwerkarbeit hat sich in der Vergangenheit gezeigt: Firmen können ihre Energiekosten etwa doppelt so schnell senken wie der Durchschnitt ihrer Branche. So steigen Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit – und nicht zuletzt auch das Ansehen bei Kunden und der Belegschaft. Möglich ist das zum Beispiel deshalb, weil Firmen im Netzwerk auf dem aktuellen Stand in Sachen Energieeffizienz bleiben. Schließlich dreht sich die Energiesparwelt schnell, und immer neue Technologien helfen, die eigene Energieeffizienz zu steigern.

... und sparen

„Der Erfahrungs- und Ideenaustausch motiviert“, weiß Andreas Kuhlmann, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena). Dort sitzt die Geschäftsstelle der Initiative Energieeffizienz-Netzwerke. Sie ist die Ansprechpartnerin für Unternehmen und Partner der Initiative. „Durch den regelmäßigen Austausch im Netzwerk bekommen die Unternehmen wichtige Informationen zur Steigerung ihrer Energieeffizienz. So können Unternehmen durch gezielte Investitionen durchaus zwischen 10 und 30 Prozent Energie sparen.“

Bislang beteiligen sich an Energieeffizienz-Netzwerken überwiegend mittlere und größere Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes sowie Energieversorger. Für sie ist die Netzwerkarbeit zum Beispiel deshalb hilfreich, weil sich in ihrer Branche regelmäßige Energieaudits und -management etabliert haben. Die Zusammenarbeit mit Fachleuten im Netzwerk hilft dabei, die Ergebnisse eines Energieaudits in Energiesparmaßnahmen umzusetzen.

Eines der nächsten Ziele der Initiative ist es, auch kleinere Handelsunternehmen und Handwerksbetriebe für die Energieeffizienz-Netzwerke zu gewinnen.

Auch Bundesländer helfen

Mittlerweile werden die Energieeffizienz-Netzwerke auch auf Landesebene immer mehr unterstützt. Etwa in Bayern: Auf Initiative des dortigen Wirtschaftsministeriums haben sich Spitzenorganisationen der bayrischen Wirtschaft und Branchenverbände zur Bayerischen Energieeffizienz-Netzwerk-Initiative, kurz „BEEN-i“ zusammengetan. Sie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Energieeffizienz-Netzwerke des Landes zusammenzubringen. Sozusagen zur Vernetzung der Netzwerke. Ähnlich ist

das Ziel der regionalen Kompetenzstellen für Energieeffizienz in Baden-Württemberg: In zwölf Regionen sollen vor allem Mittelständler bei der Einbindung in Unternehmensnetzwerke und der Umsetzung von Energieeffizienzmaßnahmen unterstützt werden. Das Land Niedersachsen wiederum hat eine Richtlinie veröffentlicht, die Netzwerke ebenfalls mit dem Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen fördern soll.

Startschuss mit dem NAPE

Der Startschuss für die Initiative Energieeffizienz-Netzwerke fiel Ende 2014. Sie ist Teil des [Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz \(NAPE\)](#), den die Bundesregierung zur gleichen Zeit vorgelegt hat. Der NAPE soll helfen, bis 2020 den Energieverbrauch in Deutschland um 20 Prozent im Vergleich zu 2008 zu senken.

Wie werden Netzwerke gegründet und umgesetzt? Das zeigt ein Praxisleitfaden im Internet auf www.effizienznetzwerke.org. Die Seite bündelt zudem Informationen und Kontakte zu Ansprechpartnern, Fördermöglichkeiten, Abläufe, Terminen und Aktuelles rund um die Netzwerke Energieeffizienz. Für Unternehmen und Netzwerkinitiatoren steht zudem die telefonische Hotline 030 - 66 7777 66 für Antworten zur Verfügung.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [\[→ Initiative Energieeffizienz-Netzwerke](#)
 - [\[→ Faktenblatt zur Gründung eines Energieeffizienz-Netzwerks](#)
 - [\[→ Bayerische Energieeffizienz-Netzwerk-Initiative](#)
 - [\[→ Pressemitteilung zu den regionalen Kompetenzstellen für Energieeffizienz \(KEFF\) in Baden-Württemberg](#)
 - [\[→ Informationen der Investitions- und Förderbank Niedersachsen](#)
-

Was ist eigentlich Geothermie?

Wie warm oder kalt es draußen auch sein mag, unter unseren Füßen brodelt es immer. Rund 99 Prozent der Erdmasse sind heißer als 1.000 Grad Celsius. Eine Wärmequelle, die nie versiegt – und eine Chance für die Energiewende.



Darum geht's: eine unerschöpfliche Energiequelle

Jules Verne wäre warm ums Herz geworden. Im Mittelpunkt der Erde, also etwa 6.350 Kilometer unter unseren Füßen, lodert flüssiges Eisen mit bis zu 7.000 Grad Celsius. In Richtung Oberfläche wird die Erdmasse immer kühler. Oben, in den obersten zehn Kilometern der Erdkruste, misst sie im Schnitt nur noch 150 Grad. Und doch reicht diese Wärme rechnerisch aus, um den aktuellen Energiebedarf der ganzen Menschheit zu decken. Und zwar mehr als 100.000 Mal. Stromerzeugung inbegriffen.

Allein unter der Fläche der Bundesrepublik steckt in drei bis sieben Kilometern Tiefe genug Wärme, um Deutschland theoretisch für 10.000 Jahre zu versorgen – rund um die Uhr, wetterunabhängig und ohne das Klima zu belasten. Die Rede ist von Erdwärme, im Fachdeutsch "Geothermie". Das ist die Wärmeenergie, die unter der Oberfläche der Erde gespeichert ist.

Lift für Wärme

Schon heute wird die Geothermie von unten genutzt, um oben in Häusern und Städten zu heizen. Die umfangreichen technischen Verfahren dafür unterscheiden sich, je nach Tiefe der Bohrung, in die "oberflächennahe" und die "tiefe" Geothermie.

Die oberflächennahe Geothermie reicht bis zu 400 Meter tief. Dafür werden Rohre im Erdreich verlegt, in denen als Transportmittel eine besondere Flüssigkeit – häufig mit Frostschutzmittel versetztes Wasser – fließt. Vereinfacht gesagt holt sie die Wärme unten im Boden ab und

transportiert sie zur sogenannten Wärmepumpe zum Beispiel in den Heizungskeller zu Hause. Diese entzieht dem Transportmittel die Wärme wieder. Sie wird daraufhin weiter verteilt: zum Heizen, um es im Wohnzimmer behaglich zu machen oder zur Warmwasserbereitung, um heiß duschen zu können.

Die tiefen geothermischen Systeme reichen deutlich weiter nach unten. Sie nutzen etwa warmes Grundwasser aus zirka 4.500 Metern Tiefe oder dringen in heißes Gestein vor, das sich bis zu 5.000 Meter tief befindet. Die technischen Voraussetzungen für diese Art der Geothermie sind umfangreich in der Vorbereitung und Umsetzung. Der Nutzen kann allerdings gewaltig sein. Die tiefe Geothermie kann ganze Ortschaften oder Stadtteile mit Wärme und Strom versorgen.

Anteil von 7,4 Prozent

Diese Möglichkeiten hat zum Beispiel die Stadt München erkannt. Bis 2040 will sie die erste deutsche Großstadt sein, die Fernwärme zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien gewinnt. Damit das klappt, setzen die dortigen Stadtwerke insbesondere auf Geothermie.

Bundesweit lieferte die Geothermie im Jahr 2015 in Deutschland gemeinsam mit der Wärme der Außenluft und des Grundwassers 11,4 Milliarden Kilowattstunden Wärme. Das sind immerhin 7,4 Prozent der erneuerbaren Wärme, die 2015 insgesamt im Land erzeugt wurde. Der Großteil der erneuerbaren Wärme stammt allerdings aus Anlagen, die Wärme aus Sonne oder Biomasse erzeugen. Dafür kommen etwa Solarthermieranlagen oder Pelletheizungen zum Einsatz.

Erneuerbar heizen wird wichtiger – und attraktiver

Auch wenn die Geothermie nur einen Teil dazu beiträgt, der Bedarf an erneuerbarer Wärme ist da und steigt immer weiter an. Bis 2050 hat sich die Bundesregierung vorgenommen, den Primärenergiebedarf in Gebäuden, also den Einsatz von fossilen Energieträgern wie etwa Öl und Gas, um rund 80 Prozent zu senken.

Erste Erfolge sind sichtbar. 2015 stieg der Anteil der erneuerbaren Energien am Wärmeverbrauch in Deutschland bereits auf 13,2 Prozent an. Das gesetzliche Ziel des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes, bis 2020 einen Anteil von mehr als 14 Prozent zu erreichen, könnte daher sogar übertroffen werden. Zum Vergleich: Im Jahr 2000 lag der Anteil noch bei rund vier Prozent.

Wärmewende: gut für Klima und Geldbeutel

Für Hausbesitzer und Wohnungseigentümer gibt es gute Gründe, in den eigenen vier Wänden auf erneuerbare Energien und gleichzeitig auf mehr Energieeffizienz zu setzen: Die Kosten sinken, der Wohnkomfort steigt, der Immobilienwert ebenfalls, und außerdem freut sich das Klima.

Der Staat hilft. Wer zum Beispiel seine Heizung auf erneuerbare Energien umrüstet, kann sich bares Geld aus dem Marktanzreizprogramm, kurz "MAP", sichern, etwa als Zuschuss vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA). Ein Beispiel: Für den Einbau einer Wärmepumpe mit Erdwärme als Energiequelle erhalten Sie einen Investitionszuschuss von mindestens 4.000 Euro.

Wie gehen Interessierte eine Heizungserneuerung oder eine energetische Sanierung am besten an? Welche Förderprogramme können sie nutzen? Und worauf sollten sie bei der Sanierung achten? Antworten gibt's [hier](#).

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

- [→ Internetauftritt www.erneuerbare-energien.de
- [→ BMWi-Themenseite [Marktanreizprogramm](#)
- [→ BMWi-Themenseite [Anreizprogramm Energieeffizienz \(APEE\)](#)
- [→ [Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2015](#)
- [→ [Flyer Heizen mit Erneuerbaren Energien](#)
- [→ Internetauftritt der [BAFA](#)
- [→ [Website des Bundesverbandes Geothermie e.V.](#)

Der Her(t)z-Schrittmacher

Fitnessstest für Stromnetze: Ein neues Messsystem für Stromnetze misst punktgenau den Zustand des Netzes, wertet riesige Datenmengen superschnell aus und hilft so, die Stromnetze fit für die Energiewende zu machen.



© BMWi / Holger Vonderlind

Viele freuen sich schon auf die Sommerferien. Kein Wunder, denn wenn die Sonne richtig scheint, stehen oft die langen Urlaube an. Und vorher die Staus auf der Autobahn.

Stau auf der Stromautobahn

Viel Sonne, viel Stau. Das kann auch auf den Stromautobahnen passieren. Denn bei wolkenlosem Himmel oder Wind speisen Solaranlagen und Windräder viel Strom ins Netz – und wenig, wenn sich Wolken vor die Sonne schieben und der Wind abflaut. Diesem Auf und Ab müssen die Stromnetze standhalten. Das gilt sowohl für die großen Übertragungsnetze, die Strom über weite Strecken transportieren, als auch für die kleineren Verteilnetze, die den Strom wie die Ausfahrten einer Autobahn bis an verwinkelte Ziele und ins eigene Wohnzimmer bringen.

Eine große Herausforderung. Denn je mehr erneuerbare Energien in Deutschlands Stromnetzen fließen, desto besser muss die volatile Stromerzeugung im Netz abgefedert werden. Hinzu kommen neue Technologien wie Elektrofahrzeuge oder -fahrräder, die mal tagsüber, mal nachts aufgeladen werden. Zudem liefern Verteilnetze Strom künftig nicht nur aus, sondern nehmen umgekehrt häufiger Ökostrom aus Erneuerbare-Energie-Anlagen auf, etwa eingespeicherter Strom aus Solardächern.

Im Stromnetz entstehen also Belastungen, die technische Lösungen brauchen. Eine davon könnte gerade in Wachtendonk, nahe der niederländischen Grenze, gefunden werden.

Fitnessstest in Niederspannung

Ein Verbund aus drei Technologieunternehmen und zwei Hochschulen hat sich unter Federführung der Stadtwerke Krefeld vorgenommen, Niederspannungsnetze fit für die Energiewende zu machen. Dieser Teil des Netzes versorgt die Mehrheit der Endverbraucher mit elektrischer Energie und leitet den Strom bis in die einzelnen Haushalte. Wie in einem Fitnessstest wollen die Forscher und Entwickler mit einem neuen Messsystem feststellen, ob Netze in einer bestimmten Gegend der Energiewende stark beansprucht sind. Dafür werden an wichtigen Knotenpunkten des Stromnetzes punktgenau Messdaten erfasst, beispielsweise in Kabelverteilerschrank oder in Ortsnetzstationen. Heraus kommen große Datenmengen, die gebündelt und nahezu in Echtzeit ausgewertet werden.

Erst messen, dann handeln

Misst das neue System etwa eine zu hohe Spannung im Netz, übermittelt es die Werte an den Netzbetreiber. Fast wie eine Pulsuhr. Diese kann künftig dafür genutzt werden, ohne Verzögerung korrigierend in das Netzgeschehen einzugreifen. So bleibt das Niederspannungsnetz stabil und alle Anwohner werden verlässlich versorgt. Mit dem System können die Forscher auch feststellen, ob die Niederspannungsnetze ausgebaut werden müssen oder ob noch genügend Luft nach oben ist, wenn sich in Zukunft weitere Haushalte in dem Gebiet ansiedeln oder weitere Erneuerbare-Energien-Anlagen einen Netzanschluss benötigen.

Das Projekt trägt den Namen „ENERGIE“ und läuft noch bis Ende August 2016. Es wird im Rahmen der Initiative „Zukunftsfähige Stromnetze“ vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert und ist für den „GreenTec Award“ nominiert. Der Preis wird am 29. Mai 2016 in München verliehen.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN:

[\[→ Forschungsinitiative der Bundesregierung\]](#)

[\[→ Themenseite "Energieforschung und Innovationen"\]](#)

Zitat der Woche



„Die Politik hat eine wichtige Entscheidung getroffen. Mit Blick auf zukunftsfähige Arbeitsplätze ist das Regierungsprogramm dringend notwendig. Jetzt sind die Unternehmen gefordert, in Fertigung und Wertschöpfung zu investieren. Hier spielt die Batteriefertigung nach wie vor eine Schlüsselrolle.“

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall, zur Förderung der Elektromobilität

Pressestimmen

Diesmal in den Pressestimmen: Möglicherweise Ökostrom-Rekord am vergangenen Sonntag, AirBnB für Strom, Solarparks auf dem Meer und bereits jetzt genügend Reserven für den Winter.



reuters.com, 9.5.2016: „Wohl neuer Ökostrom-Rekord am Sonntag“

Sonne und Wind hätten vergangenen Sonntag vermutlich um die 90 Prozent des Strombedarfs gedeckt, berichtet die Nachrichtenagentur Reuters.

SPIEGEL ONLINE am 8.5.2016: „AirBnB für Strom“

SPIEGEL ONLINE über Start-ups, die es Verbrauchern ermöglichen wollen, sich selbst und andere mit Strom zu versorgen.

WiWo Green, 4.5.2016: „Forscher entwickeln schwimmenden Solarpark“

In Japan schwimmen auf zwei Seen Solarparks, die genug Strom für 920 Haushalte liefern, berichtet WiWo Green.

Faz.net, 2.5.2016: „Stromnetz hat genügend Reserven für den Winter“

Die FAZ berichtet, dass sich deutsche Stromnetzbetreiber für den Winter bereits ausreichend Reserven gesichert haben.

EuG-Urteil zum EEG 2012: Das geltende EEG 2014 ist nicht betroffen

Das Gericht der Europäischen Union hat heute die Klage Deutschlands gegen einen Beschluss der EU-Kommission zum Erneuerbare-Energien-Gesetz in der Fassung von 2012 abgewiesen.

Atomausstieg: Empfehlungen für Finanzierung abgegeben

Die „Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausstiegs“ (KFK) hat einstimmig ihre Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung: Länder- und Verbändeanhörung eingeleitet

Bis 13. Mai 2016 können Länder und Verbände Stellungnahmen abgeben.

Staatssekretär Baake beim G7-Energieministertreffen in Japan

In der Stadt Kitakyushu ging es unter anderem um die sichere Gas- und Stromversorgung.

Sie haben Fragen oder Anregungen?

Kontaktieren Sie uns bitte unter newsletter-energiewende@bmwi.bund.de.

Der Newsletter „Energiewende direkt“ ...

... erscheint schon übermorgen erneut: am 12. Mai 2016 mit einer Sonderausgabe zur Energieeffizienz. Die nächste reguläre Ausgabe wird am Mittwoch, den 25. Mai 2016, veröffentlicht.
